

RESOLUTION 2020

Föderalistische Union Europäischer Nationalitäten (FUEN)

Die Delegierten der Mitgliedsorganisationen der Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten (FUEN) haben auf ihrer Delegiertenversammlung am 24. Oktober 2020 folgende Resolution verabschiedet:

Resolution über die Wahrung des Schutzes der autochthonen nationalen Minderheiten und Sprachgemeinschaften und ihres kulturellen Erbes in Krisenzeiten sowie über die Bereitstellung wesentlicher Informationen in Minderheitensprachen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie

Die COVID-19-Pandemie hat bereits bestehende Ungleichheiten zwischen autochthonen nationalen Minderheiten und Sprachgemeinschaften und der Mehrheitsbevölkerung in Europa vertieft und die Benachteiligung vieler nationaler Minderheiten beim Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen aufgezeigt. Während der Pandemie versäumten es die zuständigen Behörden häufig, Angehörigen autochthoner nationaler Minderheiten und Sprachgemeinschaften relevante Informationen in ihren Minderheitensprachen zur Verfügung zu stellen.

Trotz der Empfehlungen internationaler Organisationen hatten die Minderheitengemeinschaften und Sprachgemeinschaften in den meisten europäischen Staaten nur begrenzten Zugang zu grundlegenden Notfallinformationen in ihrer Muttersprache. Hinzu kam, dass die Pandemie in vielen Fällen bereits bestehende Diskriminierungspraktiken noch verschärfte sowie das Auftreten von Hassreden und Stigmatisierungen verstärkte.

Am 30. März 2020 forderte der Sachverständigenausschuss der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen die Behörden auf, alle relevanten Informationen über SARS CoV-2 und die von ihnen ergriffenen Maßnahmen in den Sprachen der nationalen Minderheiten bereitzustellen. Dementsprechend empfahl der Hohe Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten, im Gesundheitswesen sowie in der offiziellen Kommunikation über die Gesundheitskrise und generell in offiziellen Stellungnahmen ebenso die Minderheitensprache zu verwenden. In der Folge veröffentlichte der Hohe Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten eine Reihe von Empfehlungen darüber, wie die Behörden die COVID-19-Situation in einem sozialen Kontext angehen sollten, und drängte auf Ansätze, die integrativ sind und der Vielfalt unserer Gesellschaften Rechnung tragen. Die FUEN begrüßte diese Empfehlungen. Leider wurden sie nur in wenigen Fällen beachtet.

Die groß angelegte "Do you speak Corona?"-Umfrage, die von der FUEN im April 2020 in Zusammenarbeit mit der Interfraktionellen Arbeitsgruppe für traditionelle Minderheiten, nationale Gemeinschaften und Sprachen des Europäischen Parlaments durchgeführt wurde, machte deutlich, inwieweit die Kommunikation in Minderheitensprachen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union gewährleistet ist bzw. ausbleibt. Im Rahmen der Umfrage wurde die Verfügbarkeit von Informationen über die Pandemie, die Bereitstellung von Gesundheitsinformationen, das Vorhandensein von Notfall-Hotlines in Minderheitensprachen und die Verfügbarkeit von Online-Unterricht in der Muttersprache abgefragt und analysiert.

Die Ergebnisse der Umfrage waren enttäuschend und gleichermaßen beunruhigend. Nur in etwa der Hälfte der Fälle wurden allgemeine COVID-19-bezogene Informationen in der jeweiligen Minderheitensprache bereitgestellt, wobei in den meisten dieser Fälle die Minderheitenorganisationen und die Minderheitenpresse und nicht die zuständigen staatlichen oder regionalen Behörden die Informationen in der Minderheitensprache zur Verfügung stellten. Ebenso waren wichtige gesundheitsbezogene Informationen nur in der Hälfte der Fälle in den Minderheitensprachen verfügbar. Das Bild war je nach Staat und Region sehr unterschiedlich. Zu den Teilnehmenden der Umfrage, die die Informationslage in ihrer Muttersprache als unzureichend empfanden, zählen u.a. die Mazedonische Gemeinschaft in Albanien, die Deutschen in Estland, die Friesen in Deutschland, die Pomaken und die Westthrakien-Türken in Griechenland, die Molisekroaten in Italien, die Kaschuben in Polen, die Aromunen, Slowaken, Tschechen und Ungarn in Rumänien, die Katalanen in Spanien und die Griechische Gemeinschaft in der Ukraine.

Eine weitere Schlussfolgerung aus der FUEN COVID-19-Umfrage ist der fehlende Zugang zu muttersprachlichem Online-Unterricht in etwa einem Drittel jener Staaten, die bereits vor Ausbruch der Pandemie den Unterricht in der Minderheitensprache für ihre nationalen Minderheiten bereitgestellt hatten. Der Mangel an der notwendigen Infrastruktur und der Fähigkeit, qualitativ hochwertige Online-Bildungsmaterialien und -Tools bereitzustellen war ein wesentliches Hindernis, das von vielen Minderheitengemeinschaften festgestellt wurde. In vielen Regionen sind die Schulen dürftig mit digitaler Infrastruktur ausgestattet, sie haben keinen oder nur begrenzten Zugang zum Internet, was die Umsetzung des Rechts auf Bildung erschwert.

Das Recht auf Zugang zu Informationen gilt als wesentlich für die Gleichbehandlung von nationalen Minderheiten und Sprachgemeinschaften, um ihre uneingeschränkte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu gewährleisten. Die europäischen Staaten sollten bei dringenden Maßnahmen auf ihre Bedürfnisse achten und relevante Informationen in ihrer Muttersprache in gleicher Weise wie in der/den Amtssprache(n) des Staates zur Verfügung stellen.

Darüber hinaus ist es von größter Bedeutung, dass die europäischen Regierungen auch unter schwierigen Umständen ihren nationalen und völkerrechtlichen Verpflichtungen nachkommen und die finanzielle Unterstützung für ihre autochthonen nationalen Minderheiten und Sprachgemeinschaften nicht verringern, sondern aufrechterhalten. Vielmehr noch sollten die Staaten eine Strategie für den Schutz von Minderheiten in Krisenzeiten entwickeln, damit die sprachliche Vielfalt und das kulturelle Erbe trotz der vielen Einschränkungen in Zeiten der Pandemie gewahrt werden können. Insbesondere sollte die Qualität des Unterrichts in den Minderheitensprachen aufrechterhalten werden. Besonders wichtig ist es zudem, die wirtschaftlich schwache Minderheitenpresse finanziell zu unterstützen.

Die FUEN Delegiertenversammlung ruft die nationalen Regierungen Europas auf:

1. alle Informationen über Notfall-, Sicherheits- und Gesundheitsmaßnahmen, Einschränkungen und Gesetzesänderungen im Zusammenhang mit der Pandemie in den Sprachen der autochthonen nationalen Minderheiten und Sprachgemeinschaften zur Verfügung zu stellen;
2. sicherzustellen, dass alle ihre BürgerInnen, einschließlich der BürgerInnen, die autochthonen nationalen Minderheiten und Sprachgemeinschaften angehören, auch während der Pandemie gleich behandelt werden und insbesondere sicherzustellen, dass der gleichberechtigte Zugang zur Gesundheitsversorgung und grundlegender Infrastruktur sichergestellt wird, vor allen Dingen für jene, die in segregierten Siedlungen leben;
3. nationale und völkerrechtliche Verpflichtungen in Bezug auf den Minderheitenschutz in vollem Umfang zu erfüllen und sicherzustellen, dass autochthone nationale Minderheiten und Sprachgemeinschaften angemessene Unterstützung zur Bewältigung der Gesundheitskrise erhalten;

4. innovative Konzepte und Programme zu entwickeln, die den Minderheiten in Krisenzeiten den Zugang zur Kultur ermöglichen und die das Lernen und Lehren von und in Minderheitensprachen ohne Qualitätsverlust in vollem Umfang gewährleisten;
5. die finanzielle Unterstützung für nationale Minderheiten aufrechtzuerhalten und dort zu erhöhen, wo dies zum Schutz des Lebens und zur Erhaltung des kulturellen Erbes notwendig ist, unter anderem durch Unterstützung von Minderheitenmedien und kulturellen Einrichtungen;
6. sicherzustellen, dass Hassreden, Stigmatisierung und fremdenfeindliche Äußerungen wirksam bekämpft werden;
7. Fälle von Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit, Antiziganismus und Diskriminierung aufgrund von ethnischer Zugehörigkeit, Sprache, Religion oder Kultur zu überwachen und zu bekämpfen;
8. ergebnisorientierte Maßnahmen zur Beseitigung von Diskriminierung und Intoleranz als Teil einer allgemeinen Regierungspolitik zur Förderung und zum Schutz von Minderheitenrechten, auch in Krisenzeiten, zu ergreifen.